

## 16. Wahlperiode

---

### Antrag

der Fraktion der FDP

#### **Kein Drogenvollzug in Lichtenrade – Endlich vernünftiges Gesamtkonzept für den Berliner Strafvollzug vorlegen!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, die aktuellen Pläne der Justizsenatorin, die Drogenfachabteilung der Jugendstrafanstalt vom Friedrich-Olbricht Damm nach Lichtenrade in den Haftbereich Kieferngrund zu verlegen, zu stoppen.

Ferner wird der Senat aufgefordert, bis zum 30. April 2011 ein Gesamtkonzept mit möglichen Alternativen, Kosten und unterschiedlichen Prognosen für die Insassenentwicklung für den gesamten Berliner Strafvollzug vorzulegen.

Darüber hinaus wird der Senat aufgefordert, sicherzustellen, dass auch bei Erweiterungen und Umstrukturierungen im Bereich des Strafvollzuges die Anwohner künftig frühzeitig in die Planungen mit einbezogen werden, wenn solche Maßnahmen unmittelbare Auswirkungen auf das Wohnumfeld haben können.

#### *Begründung:*

Die FDP-Fraktion lehnt einen Umzug der Drogenfachabteilung der Jugendstrafanstalt nach Berlin-Lichtenrade in die Nebenanstalt JSA Kieferngrund ab. Bisher ist es der Justizsenatorin nicht gelungen, im Rechtsausschuss konkrete Zahlen bezüglich der Umbaukosten und Insassenentwicklung darzulegen und die Notwendigkeit der Umstrukturierungen aufzuzeigen.

Die umfangreichen Einwände der Beschäftigten und der Anstaltsleitung der Jugendstrafanstalt, dass diese Umstrukturierungsmaßnahmen zu deutlichen Verschlechterungen und erheblichen Zusatzkosten führen werden, lassen erhebliche Zweifel aufkommen, ob diese tatsächlich sinnvoll und die hohen Kosten gerechtfertigt sind.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

[www.parlament-berlin.de](http://www.parlament-berlin.de) (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

Die FDP-Fraktion nimmt die Sorgen der Anwohnerinnen und Anwohner in Lichtenrade sehr ernst. Die Diskussionen um Großprojekte zeigen, dass eine frühzeitige Einbindung der Bürgerinnen und Bürger parteiübergreifend gewünscht ist. Einrichtungen des Strafvollzuges können erhebliche Auswirkungen auf das Wohnumfeld haben, so dass die Anwohner ein erhebliches Interesse daran haben, frühzeitig informiert zu werden, um auf die Entscheidungsfindung Einflußnehmen zu können.

CDU und SPD haben im Jahr 1993 beschlossen, die Jugendhilfeeinrichtung Kieferngrund vom Bezirk Wilmersdorf zu übernehmen, diese zur Jugendarrestanstalt umzubauen und um eine Nebenstelle der Jugendstrafanstalt zu erweitern. Die Entscheidung des damaligen Diepgen-Senats, Lichtenrade zu einem Gefängnisstandort innerhalb eines Wohngebietes zu machen, war schon damals fragwürdig. Die aktuellen Planungen der Senatsverwaltungen für Justiz, die Jugendstrafanstalt mit ihrer Nebenanstalt Kieferngrund umzustrukturieren und die Jugendarrestanstalt auszubauen, führen dazu, dass das Gesamtareal in Lichtenrade erweitert wird, während innerhalb der Jugendstrafanstalt am Friedrich-Olbricht-Damm ein gesamtes Haus lediglich als Reserve dient. Eine Notwendigkeit für derartige Maßnahmen konnte schon die Anstaltsleitung selbst nicht einsehen. Sie wurde jedoch von der Senatsverwaltung für Justiz angewiesen, die Pläne umzusetzen.

Der Berliner Strafvollzug beschäftigt Parlament und Bevölkerung bereits seit Jahren. Der Berliner Strafvollzug ist geprägt von katastrophalen und zum Teil verfassungswidrigen Zuständen in den einzelnen Justizvollzugsanstalten, denen seit der Wiedervereinigung – und damit seit mehr als zwei Jahrzehnten – die überforderten Senatorinnen und Senatoren für Justiz von SPD, CDU und Grüne keine tragfähigen Konzepte entgegenstellen konnten. Statt eines langfristigen und transparenten Gesamtkonzeptes, wurden im Bereich des Strafvollzuges lediglich kurzfristige Lösungen gesucht und damit viele Steuergelder verschwendet. Die jeweiligen Regierungskoalitionen von (CDU/SPD, SPD/Grüne oder auch SPD/Linke) haben ihre Entscheidungen in der Regel gegen die Stimmen der Opposition durchgesetzt, ohne dem Parlament hierzu ein schlüssiges Gesamtkonzept vorzulegen, welches neben den Kosten auch die unterschiedlichen Entwicklungen der Insassenzahlen berücksichtigt. Viele kostenintensive Maßnahmen wurden auch in den letzten Jahren beschlossen und umgesetzt unter Hinweis auf eine künftig weiter steigende Insassenzahl. Ein Blick auf die aktuellen Zahlen zeigt jedoch deutlich, dass die Entwicklungen der Insassenzahlen nicht nur deutlich unter den Erwartungen bleiben, sondern sogar rückläufig sind.

Berlin, den 08.02.2011

Meyer Dr. Kluckert Dragowski  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der FDP